

Bericht vom Kreistag (6/XI_8.3.2022): Resolution Ukraine

Der Kriegsausbruch in Europa, zum zweiten Mal seit den Balkankriegen der Neunziger Jahre, ließ auch die Kreistagssitzung nicht unberührt. Die Mehrheitsfraktionen hatten eine Resolution ausverhandelt. Warum die AfD dort nicht mittun konnte, erklärt Klaus Gagel (Fraktionsvorsitzender und MdL) in seiner Rede zur Vorstellung unseres Gegenantrags:

Wir unterstützen zwar vieles, war sein Tenor, aber etliches ist auch selbstverständlich. So ist etwa die Aufnahme für Flüchtlinge (diesmal sind es echte) durch §24 des Aufnahmegesetzes bereits geregelt. Die Solidarität mit der ukrainischen Zivilbevölkerung ist Ehrensache, aber eine Solidarität mit der ukrainischen Regierung bricht sich an den Realitäten eines Krieges innerhalb der Ukraine, der dort seit 8 Jahren anhält, erklärte Gagel unter Protestrufen aus den Mehrheitsfraktionen.

"75% der zivilen Opfer in der östlichen Ukraine gehen auf das Konto der ukrainischen Armee. Das können Sie OSZE-Berichten entnehmen."

Gagel griff dann zwei Punkte heraus, die den anderen Parteien keine Erwähnung wert gewesen waren: zur raschen Beendigung des Konfliktes taugen Waffenlieferungen in die laufenden Kriegshandlungen gerade nicht. Sie verschärfen stattdessen das Leid der Zivilbevölkerung und beinhalten sogar die Gefahr, dass Deutschland zur Kriegspartei werden könnte, - ein alptraumhaftes Szenario für alle hier Lebenden. Und dass Russen oder russischstämmige Deutsche, die hier teils seit Jahrzehnten gut integriert leben und sich völlig unpolitisch verhalten, Opfer einer allgemeinen Kriegshatz werden, ist für eine Kulturnation wie Deutschland schlicht und ergreifend unwürdig.

Überflüssig zu erwähnen, dass die Altparteien jegliche Ergänzungen aus dem AfD-Antrag niedergestimmt haben.

Einen Zeitungsbericht aus dem Wiesbadener Kurier zum gleichen Thema finden Sie hier:

https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/rheingau/landkreis/rheingau-taunus-verurteilt-angriff-auf-die-ukraine_25419112